



#### Wir kämpfen für

- eine gleich gute medizinische Behandlung von Menschen aller Schichten
- soziale und gerechte Arbeitsbedingungen in den Gesundheitsberufen
- die solidarische Unterstützung partizipativer Gesundheitsbewegungen international
- die uneingeschränkte medizinische Versorgung von Geflüchteten

#### Wir kritisieren

- die Kommerzialisierung der Medizin
- den Lobbyismus der Geräte- und Pharmaindustrie
- jede Form der Zweiklassen-Medizin

#### Wir sind

- Ärzt\*innen
- Psychotherapeut\*innen
- Medizinstudierende

### **Schluss mit der Panikmache von Seiten „der Ärzteschaft“! Solidarische Bürgerversicherung ist der richtige Weg**

Die Propagandaoffensive eines Teils der organisierten Ärzteschaft gegen eine Bürgerversicherung, vorgetragen z.B. von Dr. Dirk Heinrich, dem Vorsitzenden sowohl des NAV-Virchow-Bundes wie auch des Spitzenverbandes der Fachärzte Deutschlands, im Schulterchluss mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung und Zeitungen wie der FAZ, greift mittlerweile zu „alternativen Fakten“: „In Wahrheit werden weder Praxen schließen müssen, noch wird der Beitragssatz steigen. Im Gegenteil: eine allgemeine und solidarische Bürgerversicherung bringt finanzielle Entlastung für die Versicherten und das System als Ganzes – wenn alle Einkommensarten einbezogen und die Beitragsbemessungsgrenze kräftig angehoben wird“, so Dr. Bernhard Winter, Ko-Vorsitzender des vdää.

„Ein professionelles und sozial verantwortliches Verständnis des Arztberufes führt notwendig zu der Forderung, die Klassenteilung der Versicherten abzuschaffen“, so Dr. Peter Hoffmann, Ko-Vorsitzender des vdää. „Wie ausgerechnet die überfällige Gleichbehandlung der Patient\*innen angeblich zum ‚Turbolader für eine Zweiklassenmedizin‘ werden soll – das bleibt das Geheimnis des Präsidenten der Bundesärztekammer, Prof. Montgomery. Wenn Vertreter\*innen der Ärzteschaft aus finanziellem Eigennutz eine Ungleichbehandlung von Patient\*innen fordern, verspielen sie ihren moralischen Kredit und auch den des Prinzips der Selbstverwaltung. Damit ist der Staat im Gemeinwohlinteresse aufgerufen, sie in ihre Schranken zu weisen, und einer gleichmäßigen, bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung nach dem Prinzip der Solidarität Geltung zu verschaffen“, so Peter Hoffmann weiter.

Bei der Ausgestaltung einer Bürgerversicherung geht es nicht um eine Absenkung ärztlicher Einkommen. Vielmehr soll die Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung und der vom Geld irreführende Aktivismus der Ärzteschaft zurückgedrängt werden. Ärztliches Tun und Lassen sollte so weit wie möglich von Bürokratie, Marktsteuerung und Kontrollwahn befreit werden und sich primär an medizinischer Evidenz und Patientenwohl orientieren können und müssen.

An die Adresse der SPD ergänzt Dr. Bernhard Winter: „Statt schon in den Verhandlungen einzuknicken und in ihrem Modell darauf zu verzichten, die Beitragsbemessungsgrenze anzuheben und andere Einkommensarten bei der Verbeitragung einzubeziehen, fordern wir von der SPD, sich nicht nur für eine paritätische sondern konsequent für eine *solidarische* Bürgerversicherung einzusetzen“.

**Wir demokratischen Ärztinnen und Ärzte widersprechen den ärztlichen Interessenverbänden, die eine Bürgerversicherung verhindern wollen. Sie sprechen nicht in unserem Namen. Schlimmer aber: Sie machen ihren Patient\*innen und unseren Kolleg\*innen aus billigem Eigeninteresse Angst vor etwas, was unser Gesundheitssystem gerechter machen wird und für die Patient\*innen von Vorteil sein wird.**

**Die SPD rufen wir auf: Nutzen Sie die Gunst der Stunde und erinnern Sie sich Ihrer solidarischen Traditionen! Die Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung, die diesen Namen auch verdient, könnte Ihr historisches Verdienst werden!**

Dr. Nadja Rakowitz  
(Pressesprecherin)